

Hamburgs Schulen im Handy-Dilemma: Freiheit oder Ablenkung?

Hamburgs Schulen debattieren über Smartphone-Nutzung: BYOD, elterliche Initiativen und mögliche Handyverbote stehen im Fokus.

Hamburg-Nord, Deutschland -

Der Hamburger Senat hat sich für das Prinzip „Bring your own device“ (BYOD) in Schulen ausgesprochen, was bedeutet, dass Schüler ihre eigenen Smartphones im Unterricht nutzen sollen. Diese Entscheidung wurde inmitten einer Debatte über die Vor- und Nachteile der Handynutzung von Schülern getroffen. Um den modernen Anforderungen gerecht zu werden, erhalten Schulen Zugang zu WLAN, Whiteboards und einigen Geräten für bedürftige Schüler.

In Reaktion auf die zunehmende Besorgnis über den Einfluss von Smartphones auf Schüler hat eine Gruppe von Eltern die Initiative „Smarter Start ab 14“ ins Leben gerufen. Diese Initiative setzt sich dafür ein, die Nutzung von Smartphones vor dem Alter von 14 Jahren zu vermeiden. Ziel ist es, den Gruppendruck zu reduzieren, der entsteht, wenn 20-30 % der Klasse kein Smartphone verwenden können. In Hamburg sind mittlerweile Eltern von 150 Schulen in dieser Initiative aktiv, bundesweit sind es über 500 Schulen.

Studien und Kritik an schwachen Regeln

Mehrere Studien, wie die Pisa-Studie 2022, haben gezeigt, dass

die Nutzung von Handys im Unterricht Nachteile mit sich bringt, etwa Ablenkungen und ein erhöhtes Risiko für Mobbing. Windbrake, ein Vater und Wirtschaftsinformatiker, hat die derzeitigen laxen Regeln und Verbote scharf kritisiert. Er fungiert als Vertreter der Eltern, die darauf hinweisen, dass Kinder oftmals heimlich Smartphones im Unterricht verwenden – ein Phänomen, das als „digitaler Zucker“ bezeichnet wird. Der präfrontale Kortex, der für Selbstkontrolle verantwortlich ist, sei bei Kindern noch nicht ausreichend entwickelt.

Die Debatte über die Handynutzung wird von den jüngsten Erfahrungen am Gymnasium Christianeum in Hamburg angestoßen, wo ein Handyverbot positiven Einfluss auf die Schüler hatte. Die CDU fordert einheitliche Richtlinien vom rot-grünen Senat, während die SPD, Grüne und Linke auf Lösungen setzen, die die Selbstverantwortung der Schüler betonen.

Aktuell gibt es in Hamburger Schulen rechnerisch ein Gerät für drei Schüler. Die Schulbehörde hat erklärt, dass Schüler auch Tablets und Laptops mitbringen dürfen. Allerdings äußert Windbrake seine Bedenken gegenüber dem BYOD-Prinzip und bezeichnet es als „Irrweg“, da der technische Schutz in vielen Fällen unzureichend sei. Er fordert eine zentrale Verwaltung von Schulgeräten durch ein Mobile-Device-Management.

In anderen Ländern, wie Frankreich, Schweden und England, sind bereits Handyverbote in Schulen implementiert. Der Elternverein hat zudem eine Onlinepetition gestartet, die „smartphonefreie Schulen“ fordert. Windbrake betont, dass das Prinzip der selbstverantworteten Schule für Handyverbote nicht geeignet sei.

Für detailliertere Informationen zur Thematik werfen Sie einen Blick auf die Studie des Deutschen Bundestages, die eine umfassende Analyse zu dieser Thematik liefert, wie in der Analyse auf [bundestag.de](https://www.bundestag.de) dargestellt.

- Übermittelt durch **West-Ost-Medien**

Details	
Vorfall	Bildungspolitik
Ort	Hamburg-Nord, Deutschland
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• taz.de• www.bundestag.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at